

Wilhelm Leuschner - Streiter für Demokratie und soziale Gerechtigkeit

von Wolfgang Hasibether, wissenschaftlicher Leiter der Wilhelm-Leuschner-Stiftung Bayreuth

Sein Kampf gegen Hitler

Der nachfolgende Vortrag befasst sich mit einem der wichtigsten deutschen Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, dessen Lebensleistung und Wirkung auf die politische Demokratie in Deutschland bis heute immer noch völlig unterschätzt wird. In der Widerstandsforschung gerät die Leistung des Arbeiterwiderstands schon vor 1933 und danach immer wieder aus dem Blick des Forschungsinteresses und der massenhafte Widerstand der verschiedenen Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung wird gegenüber den anderen Widerstandskreisen immer wieder in den Hintergrund gerückt. Als Beispiel für diese These sei genannt das in jüngsten Veröffentlichungen zum Jahrestag des 20. Juli 1944 auch heute noch von Einzelbeispielen der Vertreter der Arbeiterschaft gesprochen wird (Wolfgang Benz, Der 20. Juli 1944, München 2014 und insbesondere als Sinnbild dieser Forschungstradition der Überblick über den deutschen Widerstand im Dokumentation Obersalzberg in Berchtesgaden, Dokumentationszentren zum Nationalsozialismus in München und Nürnberg).

Der Vortrag soll verdeutlichen, welchen außergewöhnlichen Mut Wilhelm Leuschner aufbrachte, über zehn Jahre ein ziviles Widerstandsnetz im Untergrund, insbesondere aus Vertretern der sozialistischen Gewerkschaften, zusammen zu halten, bzw. immer wieder nach Entdeckungen einzelner Zellen durch die Gestapo neu aufzubauen. Dies bedeutete keinen Widerstand in kleinen Zirkeln (Willy Buschak, Essen 2014), sondern vielmehr eine zivile Massenbasis für die Eroberung der politischen Macht nach dem Gelingen des Militärputsches. Die antifaschistischen Ausschüsse im Frühjahr 1945 zeigen empirisch die Massenbasis dieser Widerstandsgruppen. In jedem größeren regionalen Zentrum der verschiedenen Besatzungszonen bildeten sich diese Ausschüsse, die die Aufgabe der Entnazifizierung und den Wiederaufbau des gesellschaftlichen Lebens verantworteten. Doch nun ein kurzer Überblick über Leuschners Leben:

Jugend und Ausbildung

Am 15. Juni 1890 in der oberfränkischen Provinzstadt Bayreuth als Sohn eines Töpfers und einer Weißnäherin in der Vorstadt Moritzhöfen geboren, entwickelt sich Wilhelm Leuschner rasch zu einem – trotz siebenklassiger Volksschule – aufgeweckten und interessierten jungen Mann, der in seiner Holzbildhauerlehre das Fundament seiner späteren autodidaktischen Bildung legt. Vielseitig interessiert begegnet er als junger Mensch der Musik Richard Wagners und in seiner fränkischen Heimat dem künstlerischen Werken eines Tilman Riemenschneiders und Veit Stoß. Die Ausflüge in seine nähere Heimat lassen sich in seinem Nachlass in Form von Skizzenbüchern gut nachvollziehen. Im Mai 1907 tritt er nach Beendigung seiner Lehre in Bayreuth dem Holzbildhauerverband bei und nutzt diese Gewerkschaftszugehörigkeit für seine Wanderschaft, die er im Juli 1907 antritt. Über Leipzig, einem damaligen Zentrum der deutschen Arbeiterbewegung, führt ihn sein Weg 1908 in das Zentrum des deutschen Jugendstils nach Darmstadt. Er lernt dort seine Frau Elisabeth kennen und nach einer kurzen Unterbrechung durch ein mehrmonatiges Grundstudium an der Jahreswende 1909/10 an der Nürnberger Kunstgewerbeschule wird er durch die Geburt seines Sohnes nach Darmstadt zurück gerufen. Noch gibt er das Ziel künstlerischer

Bildhauer zu werden, nicht ganz auf. Im Nachlass finden sich Stücke von freiberuflichen Entwürfen für Möbeldekorationen. Er verfolgt weiter sein Ziel, Künstler zu werden. 1911 wird seine Tochter Katharina geboren und er heiratet im September desselben Jahres in Darmstadt. Nach zwanzig Lebensjahren in Bayreuth wird die Haupt- und Residenzstadt des Großherzogtums Hessen sein Lebensmittelpunkt. Er engagiert sich als Zahlstellenleiter des Holzbildhauerverbandes in der Provinz Starkenburg, wird stellvertretender Vorsitzender des ADGB-Kartells Darmstadt und engagiert sich in der Tarifpolitik. In der renommierten Möbelfabrik Julius Glückert schließt er einen Tarifvertrag mit dem Fabrikhaber für seine Bildhauerkollegen in Darmstadt ab. 53 Wochenstunden, 61 Pfennig Stundenlohn und Akkordzuschlag sowie die 5 ½ Tageweche sind die wichtigsten Eckpfeiler dieses Vertrages. Doch neben der wirtschaftlichen und sozialen Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft interessieren ihn Kunst und Kultur in der Landeshauptstadt.

Erster Weltkrieg

Jäh unterbrochen wird diese glückliche berufliche und private Entwicklung Leuschners durch die Katastrophe des 1. Weltkriegs. In den Aufzeichnungen Leuschners, die er seit 1908 führt, und zum großen Teil in seinem Nachlass in der Leuschnerstiftung und im Hessischen Staatsarchiv aufbewahrt sind, wird deutlich, wie seine Haltung zum Weltkrieg, der am Anfang der offiziellen ADGB-Linie folgt, sich grundlegend ändert. 1918 schreibt er in sein Tagebuch an der Front bei Verdun: „Alle wären froh, wenn dieser Schwindel endlich ein Ende hätte“. In den zwei Jahren seiner Fronterlebnisse von 1916 bis 1918 schildert er detailreich seine Kriegserfahrungen. Deutlich wird auch darin sein Interesse für die sozialen und kulturellen Verhältnisse der jeweiligen vom Krieg überzogenen Bevölkerungen in Weissrußland und später ab Frühjahr 1917 in Frankreich, wo er in den Massenschlachten im Westen den Kriegsdienst in einem Schallmeßtrupp leisten muss. Die Zeit zwischen dem mörderischen Artilleriebeschuss nutzt er in den Kampfpausen für seine persönliche Weiterbildung. Von der Frankfurter Briefschule erhält er Lernunterlagen für Mathematik, Englisch und Französisch. Auch davon geben seine Kriegsaufzeichnungen Zeugnis. Da er als ehemaliger Gewerkschaftsfunktionär Führungsqualitäten bereits eingeübt hat, wird er zum Ende des Krieges im Sommer 1918 von den Kameraden zum Vorsitzenden des Soldatenrats in seinem Frontabschnitt gewählt. Die Offiziere werden entmachtet und am Tag des Waffenstillstands, den 11. November 1918 schreibt er in sein Tagebuch: „Es ist für mich alles gut zu Ende gegangen...“ Die Demobilisierung seines Truppenteils organisiert er als Soldatenratsvorsitzender und sorgt dafür, dass die Gruppe ungehindert nach Frankfurt-Gelnhausen zurückgeführt wird. Ende November 1918 kehrt er nach Darmstadt zurück. Dort muss der Großherzog abdanken und die hessische Sozialdemokratie übernimmt die politische Macht in der Landeshauptstadt.

Leuschner in der Weimarer Republik

Leuschner ist in Darmstadt Teil der Bürgerwehr zur Verteidigung der Revolution und zum Aufbau der Republik. Nun kann er nicht mehr in seinem alten erlernten Beruf arbeiten, da die Konjunktur des Möbelhandwerks durch den Krieg zerstört ist und seine Kameraden drängen ihn, Funktionen in der Arbeiterbewegung zu übernehmen. Mit nur 29 Jahren wird er 1919 Vorsitzender des Darmstädter Gewerkschaftskartells und wird politisch für die Sozialdemokratie im Stadtmagistrat aktiv. Im Rat des Provinzialtages der Provinz Starkenburg ist er ebenfalls Abgeordneter für die Sozialdemokratie. In diesen Jahren des Wiederaufbaus des wirtschaftlichen und sozialen Lebens ist Leuschner wie überall im deutschen Reich als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Motor des Wiederaufbaus.

Seine zahlreichen Reden aus dieser Zeit verdeutlichen sein Bewusstsein als Vertreter der Sozialdemokratie, die ihre Forderung an den Staat herantragen. Nach dem die Gleichberechtigung der Arbeitenden Massen als Bürger in der Politik durch die Verfassungsrechte hergestellt sind, fordert er massiv die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeiterschaft. Seine feste Überzeugung ist, nur die soziale Demokratie mit der Verkörperung von sozialer Gerechtigkeit kann auf Dauer das Fundament für die politische Demokratie und Garantie für Freiheit und Recht sein. Er wird in diesen Gründerjahren der Weimarer Republik ein wichtiger Vertrauensmann für den des ADGB und lernt alle wichtigen führenden Sozialdemokraten in Berlin kennen. Im Ruhrkampf der frühen 20er Jahre ist er im Rheinland der Verbindungsmann für die Verhandlungen mit den Besatzungsmächten für den ADGB tätig. Seine ihm Krieg gewonnenen Französischkenntnisse sind ihm dabei nützlich. Schon in den Revolutionswirren der Jahre 1918 im Darmstadt hat seine ruhige und überlegte Art der Verhandlungsführung die jeweiligen Widersacher überzeugt. Es gelingt ihm auch in den Wirren des Ruhrkampfes Besonnenheit und Ruhe in die Verhandlungen zu bringen. Folgerichtig wird er für die Landtagswahlen 1924 im hessischen Volksstaat als Abgeordneter aufgestellt. Er zieht Ende 1924 in den Landtag ein und ist vor allem mit innenpolitischen Fragen konfrontiert. Eines seiner Politikfelder ist die Reorganisation der Polizei, die von einem obrigkeitsstaatlichen Herrschaftsinstrument zu einer Einheit der Verteidigung der Republik umgestaltet werden soll. Ebenso engagiert er sich für die kulturellen Angelegenheiten und unterstützt die Intendanz des Darmstädter Staatstheaters, die ein avantgardistisches Regiekonzept verfolgt, das vor allem moderne expressionistische Bühnenwerke zur Aufführung bringt. Dies ist in der Arbeiterschaft nichtunumstrittene Kulturpolitik verteidigt Wilhelm Leuschner gegenüber seinen Gewerkschaftskollegen. Da die Arbeit im Landtag auf rein ehrenamtlicher Basis erfolgt, ist er weiterhin Gewerkschaftsvorsitzender und wird 1926 Bezirksvorsitzender des ADGB in Hessen-Waldeck. Sein Büro ist in Frankfurt an der Gallusanlage und er fährt täglich mit dem Zug zwischen Darmstadt und Frankfurt hin und her. Über die Belastungen beklagt er sich in einem Brief 1927 an den ADGB-Vorsitzenden Theodor Leipart, der ihn jedoch nicht entlastet und an ihn noch die Forderung stellt sein Nachfolger im Vorsitz des ADGB zu werden. Aufgrund seiner exponierten Stellung in der SPD im Landtag, er ist Schriftführer und wird nach der Neuwahl des Landtags 1927 im Februar 1928 zum Innenminister des Volksstaates Hessen berufen.

Als Innenminister hat er in der fünfjährigen Amtszeit von Februar 1928 bis März 1933 wichtige Impulse für die hessische Landespolitik und darüber hinaus für die Politik in der Weimarer Republik gegeben. Sein wichtigstes Handlungsfeld war der Versuch, auf die Neustrukturierung im Verhältnis zwischen Reichsregierung und den Landesregierungen Einfluss zu nehmen. Dies tat er unter anderem durch publizistische Aktivitäten zur Neuordnung des Reichsgebiets. Im Januar 1929 veröffentlicht er einen Artikel in der Frankfurter Zeitung, der reichsweit starke Resonanz findet. In diesem Artikel stellt er die seit 1928 diskutierten Pläne der hessischen Regierung vor, in denen aus den zersplitterten Fürstentümern und Länderstaaten des deutschen Reiches sechzehn Reichsländer mit entsprechenden Territorien neu geschaffen werden. So schlägt er die Einbeziehung Deutsch-Österreichs ins Deutsche Reich vor und spricht sich für ein Bundesland Franken aus. Hessen sollte zusammen mit den Rheingebieten und Frankreich dann Rheinfranken heißen. Wie man sich noch heute vorstellen kann, verursacht dieser Zeitungsartikel erhebliche Auseinandersetzungen in der innenpolitischen Diskussion der Weimarer Republik.

Seine Aufgaben als Innenminister umfassen auch die Entwicklung der Infrastruktur im Lande. Er legt verschiedene Pläne für die Einrichtung von Flughäfen und Autobahnen vor. In der Verkehrspolitik, für die er als Innenminister ebenfalls zuständig ist, treibt er Planungen voran, bei denen eine Autobahn von Hamburg nach Basel über hessisches Staatsgebiet vorgesehen ist. Der spätere Autobahnbau ab 1933, der immer Adolf Hitler zugeschrieben wurde, ist in Wirklichkeit Ergebnis einer modernen Infrastrukturentwicklung wie sie von Leuschners Ministerium schon in den 20er Jahren vorangetrieben wurden. Leuschner, selbst begeisterter Technikfreund, ist im Arbeiterverein der hessischen Segelflieger, er unterhält Kontakt zu den Zeppelinbauern am Bodensee und vereinbart mit Dr. Erkener, dem Geschäftsführer der Zeppelinbetriebe, eine Einrichtung eines Zeppelinflughafens im hessischen Griesheim. Diese Pläne wurden von ihm noch im Dezember 1932 vorangetrieben und scheiterten dann an seiner Verdrängung aus dem Amt durch den Naziinnenminister Wilhelm Frick. Wäre Griesheim Wirklichkeit geworden, gäbe es heute den Frankfurter Flughafen nicht.

Leuschner befasst sich als Verfassungsminister auch mit der Neujustierung der hessischen Kommunalverfassung. Aus dem obrigkeitstaatlichen Kommunalsystem des 19. Jahrhunderts soll ein demokratisches Gemeinwesen entstehen, dass dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet ist. Sein Staatsrat (heute Staatssekretär), der Mainzer Jurist und Sozialdemokrat, Dr. Ludwig Schwamb legt die entsprechenden Pläne vor, die im Landtag 1928 beschlossen werden.

In die Zuständigkeit des Innenministeriums fällt auch die damals so genannte „Zigeunerpolitik“, die vom hessischen Staatspräsidium dem Landtag erstmals in einem Entwurf im August 1928 vorgelegt wurde. In diesem Entwurf, für den Leuschner als Innenminister verantwortlich zeichnet, tauchen Begriffe von Zigeunerwesen auf, die in diversen Debatten in Hessen 2011 dazu führten, dass Leuschner unter den Widerstandskämpfern in die Kategorie Personen mit zweifelhaften Motiven und Gesinnungen eingereiht wird. In der folgenden Debatte, die diese Historie der sog. Zigeunergesetzgebung aufgrund historischer Dokumente genau durchleuchtet, zeigt sich deutlich, dass diese Begrifflichkeit von Leuschner bei der endgültigen Gesetzesvorlage im April 1929 getilgt wurde. In der Drucksache Nummer 9 des Hessischen Landtags des Volksstaates Hessen, in dem das Gesetz vom 3. April 1929 veröffentlicht wird, werden die rassistisch gefärbten Begriffe nicht mehr verwendet. Es hatte eine Diskussion im Gesamtministerium stattgefunden, in dessen Namen auch dieses Gesetz veröffentlicht wurde. Der Staatspräsident Adelung und die Minister Leuschner, Kirnberger und Korell zeichnen für dieses Gesetz, das am 1. August 1929 in Kraft tritt, verantwortlich. Dabei geht es um die Aufenthaltserlaubnis für Landfahrer, die mit Wohnwagen oder Wohnkarren umherziehen und um die Ausübung von Gewerbe durch einen Wandergewerbeschein. In den Ausführungsbestimmungen für das Gesetz, für die Innenminister Leuschner zuständig ist, tauchen rassistische Bemerkungen ebenfalls nicht auf. Was die persönliche Einstellung Leuschners gegenüber Bevölkerungsgruppen im In- und Ausland angeht, ist es sicherlich völlig unredlich, die Gesetzgebung, die einen gewissen Zeitgeist der Gesamtbevölkerung und des Parlaments widerspiegelt, Leuschner persönlich vorzuwerfen. Seine tatsächliche Einstellung bezeugen seine Aufzeichnungen über den Kriegseinsatz 1916/17 in Pinsk in Weissrußland, wo er als Frontsoldat mit der jüdischen Bevölkerung der Stadt enge Kontakte unterhält, sich lebhaft für deren religiöses Leben interessiert und Aufzeichnungen darüber macht. Im späteren Widerstand gegen die Nazis ist er 1941 Miturheber eines Memorandums an die oppositionellen Militärs um Generaloberst Beck, in dem die

menschenverachtende Behandlung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland als einer der Gründe für den Widerstand benannt wird.

Die damalige Gesetzgebung zu Landfahrern, heute als vermeintlicher Beleg für die reaktionäre Politik Leuschners oftmals verwendete historische Tatsache, deutet sich bei näherer Betrachtung ganz anders. Keineswegs kann man aus diesen Gesetzesvorlagen eine völkische oder gar rassistische Gesinnung Leuschners herauslesen, sondern es war der Versuch eines ordnungspolitischen Instruments, das den kommunalen Problemen zur Wohnungs- und Aufenthaltspolitik von Sinti und Roma eine verwaltungsmäßige Ordnung geben sollte.

Neben diesen harten Aufgaben der Organisation von Sicherheit, gesetzlicher Ordnung und des Polizeiwesens widmet sich Leuschner aber auch der kulturellen Gestaltung der hessischen Staatspolitik. Hatte er sich schon 1923 bei der Einrichtung des Georg-Büchner-Preises als Gewerkschaftsfunktionär politisch engagiert, so wirkt er als Minister im März 1929 bei der Einrichtung der Stiftung „Georg-Büchner-Preis“ mit. Die Stiftung verleiht Künstlern im Bereich der bildenden und literarischen Kunst jeweils im Andenken an das Werk von Georg Büchner einen Preis. Georg Büchner ist das demokratische Vorbild der hessischen Sozialdemokratie und des liberalen Bürgertums. Unter den geehrten Künstlerpersönlichkeiten befindet sich auch Carl Zuckmayer. Dieser, ein enger Freund von Carlo Mierendorff, dem Pressechef von Wilhelm Leuschner, und auch Leuschners persönlicher Freund, beschreibt in seinen Erinnerungen sehr anschaulich die Aktivitäten des hessischen Innenministers. Dieser ist ein Förderer der Kultur, wie es ihm schon in jungen Jahren ein besonderes Anliegen war Kunst und Kultur den arbeitenden Massen nahezubringen.

Durch seine Aktivitäten im Kampf gegen die Nationalsozialisten in Hessen wird er reichsweit bekannt. Durch diesen Widerstand gegen die Nazis, den er auf allen Ebenen vorantreibt wird er einer der wichtigsten Weimarer Innenpolitiker. Durch seine konsequente Umsetzung des Erlasses gegen extremistische Organisationen, darunter auch das Uniformverbot für die SA in Hessen, wird er für die Nazis zum meistgehassten Weimarer Politiker. Mit den Boxheimer Dokumenten enthüllt er im November 1931 die Putschpläne der Hitlerpartei und versucht im Zusammenspiel mit dem damaligen preußischen Innenminister Carl Severing eine Anklage gegen Adolf Hitler wegen Staatsstreichplänen beim Reichsanwalt durchzusetzen. Dieser ermittelt zwar zehn Monate lang gegen Hitler und seine Partei, aber aus politischer Opportunität wird dieses Verfahren jedoch im November 1932 vom Reichsanwalt eingestellt. Leuschners Pressechef Carlo Mierendorff versucht zwar eine großangelegte Pressekampagne über die Putschpläne der Nazis und in allen SPD-geführten Tageszeitungen im Reichsgebiet und in der überregionalen Presse wird über die Boxheimer Pläne berichtet. Aber die bürgerliche Papen-Regierung hat schon ihren Frieden mit Hitler gemacht und braucht ihn zu Regierungsbildung.

Leuschner gegen Hitler

Spätestens durch diese Enthüllungen der Putschpläne der Nazis wurde Leuschner zum gefährlichsten Widersacher der Nationalsozialisten. In einer Zeit, in der spätere Widerstandskämpfer wie Stauffenberg und seine jungen Militärs noch Karriere in der Reichswehr machen, und durchaus mit der Hitlerbewegung sympathisieren, erkennt Wilhelm Leuschner bereits die Gefährlichkeit der Nazibewegung und bekämpft sie politisch konsequent. Bei dem preußischen Staatsstreich vom Juli 1932 ist er mit Carlo Mierendorff

Befürworter eines Gegenschlags gegen die marodierenden Hitlerbanden, vor allen Dingen der SA, und unterstützt Mierendorffs Plädoyer für einen Generalstreik, um erneut wie 1920 die Weimarer Republik zu retten. Doch das Verhalten der SPD-Führung in Berlin und die Zurückhaltung der ADGB-Führung lassen diese Forderung politisch scheitern. Die Gegner der Republik mit ihrem Anführer Adolf Hitler können ungehindert ihren Siegeszug zur Übertragung der Macht fortsetzen.

Am 30. Januar 1933 ist es soweit, Hitler wird zum Reichskanzler von Reichspräsident Hindenburg ernannt und sofort beginnt die Zerschlagung der Demokratie mit dem Terror gegen die organisierte deutsche Arbeiterbewegung. Für Wilhelm Leuschner, dessen hessisches Staatspräsidium seit 1932 nur noch geschäftsführend im Amt ist, weil sich keine Regierungskoalition bilden lässt, wird es politisch immer enger. Die Nachricht von der Machtübernahme an Hitler erreicht ihn bereits als Vertreter des ADGB bei einer Sitzung der internationalen Arbeitsorganisation in Genf. Sein Staatsrat Ludwig Schwamb informiert ihn telefonisch über die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten. Erste Gewerkschaftshäuser im Reichsgebiet werden von SA Horden überfallen und Gewerkschaftsfunktionäre misshandelt und eingesperrt. Wilhelm Leuschner wird im Januar 1933 vom ADGB-Bundesausschuss zum Mitglied des ADGB-Vorstands gewählt und übernimmt internationale Aufgaben, wie die beim internationalen Arbeitsamt in Genf. Bei der dortigen Tagung der ILO Ende Januar 1933 erfährt er von seinem Staatsrat Schwamb die Machtübertragung an Hitler durch Staatspräsident Hindenburg.

Er bleibt weiterhin hessischer Innenminister und versucht den politischen Kampf gegen die Nazipartei zu organisieren. Noch im Wahlkampf vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 tritt er auf zahlreichen Veranstaltungen der SPD und der Eisernen Front als Redner auf und mobilisiert die Gegenkräfte der Arbeiterbewegung. Im Februar 1933 wird er von NSDAP-Reichsinnenminister Wilhelm Frick aufgefordert als hessischer Innenminister zurück zu treten. In seiner Tagesnotiz im Kalender 28. Februar 1928 schreibt er „Scheißkerle entpuppen sich“. Allerdings meint er damit nicht die Nazis, deren Charakter hat er schon längst erkannt, er bezieht sich auf seine eigenen Genossen. Sie drängen ihn, sein Amt nieder zu legen um ihn aus der Schusslinie zu nehmen. Anfang März erklärt er seinen Rücktritt zum 1. April 1933. Noch glaubt er als führender ADGB-Funktionär die Gewerkschaftsbewegung durch den Zusammenschluss aller weltanschaulichen Richtungen retten zu können. Im April 1933 verhandelt er mit Jakob Kaiser und anderen führenden Gewerkschaftern aus der christlichen und liberalen Gewerkschaftsbewegung über den Zusammenschluss aller Gewerkschaftsverbände, unabhängig von ihrer Weltanschauung. Dieses Papier des vereinigten Führerkreises der Gewerkschaften wird in der Geschichtswissenschaft oftmals als Beleg für die nationale Unterwerfung der ADGB-Führung unter die Naziherrschaft interpretiert. Auch hier wieder, wie schon bei seinem Gesetzesvorhaben zu den Landfahrern, wird ihm eine chauvinistische Gesinnung unterstellt. Dem ist jedoch entgegen zu halten, dass Wilhelm Leuschner aufgrund seiner vielfältigen Verpflichtungen und damit notwendiger Reisetätigkeit an vielen Beratungen der Spitzengremien des ADGB nicht teilnehmen kann und folglich sein Einfluss auf die Beratungsergebnisse relativ gering ist. Sicher ist vor allem, dass er sich keine Illusion über den Charakter der Naziherrschaft macht. Zwar glaubt er, dass diese bald abwirtschaften werde. Die Zeugnisse seiner Handlungen im Frühjahr 1933 zeigen jedoch seine konsequente Handlung bei der Bekämpfung der Nazi-Horden.

Am 2. Mai 1933 wird er mit dem ADGB Bundesvorstand verhaftet und ins Gefängnis geworfen. Bereits am 5. Mai wird er wieder freigelassen und verlangt gegenüber Robert Ley, dem zukünftigen Führer der deutschen Arbeitsfront, dass der ADGB-Vorstand freigelassen werde. Ley verlangt von ihm die Teilnahme an der Vollversammlung der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf, die Anfang Juli 1933 stattfindet, und erpresst ihn dort die Legitimität der Naziarbeitsorganisation gegenüber der internationalen Öffentlichkeit zu bestätigen. Leuschner sagt nach Beratungen mit seinen Freunden zwar die Teilnahme zu, aber er verlangt dafür die Freilassung der ADGB Führung.

Am 4. Juli 1933 erreicht er Genf und nimmt an der Konferenz teil. Im Gegensatz zum Ansinnen Robert Leys legitimiert er die Naziarbeitsorganisation jedoch nicht, sondern gerät in heftige Auseinandersetzung mit diesem. Er verweigert die Unterstützung und informiert in den Ausschüssen der Versammlung über die verbrecherischen Taten der Nazis seit der Machtübertragung im Januar 1933.

Am 15. Juni wird er auf der Rückreise nach Deutschland in Freiburg verhaftet. Zuerst verhaften am dortigen Bahnhof die SA und die politische Polizei einen falschen Mann, der Leuschner ähnlich sieht. Als dieser vom Zugfenster aus den Vorgang beobachtet, fragt er, wen sie suchen und als diese vermelden, dass sie den ehemaligen Innenminister Leuschner verhaftet haben, stellt er sich freiwillig um das unbekannte Opfer zu befreien. Diese vom späteren Darmstädter Oberbürgermeister Ludwig Metzger übermittelte Episode zeigt deutlich den aufrechten und mutigen Charakter Leuschners. Dies ist der Beginn einer zwölfmonatigen Odyssee durch die Haftanstalten und Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Über seine Haftzeit berichtet er in seinem Tageskalender von 1933, die in seinem Nachlass erhalten ist. Darin finden sich Zeichen der Hoffnung aber auch oftmals der Verzweiflung. Er wird über die Haftanstalt Marienschloss in Rockenberg in Oberhessen, über das Emslandlager Börgermoor bis ins Konzentrationslager Lichtenburg bei Prettin zwölf Monate lang verschleppt und misshandelt. Ohne Anklage und Prozess wird er dieser Tortur unterzogen. Aufgrund internationaler Proteste, vor allem von den Gewerkschaften im Weltgewerkschaftsbund, die immer wieder Resolutionen an Adolf Hitler schicken, wird er schließlich am 10. Juni 1934 aus dem KZ Lichtenburg entlassen.

Kaum ist er der Nazihaft entronnen, trifft er in Berlin im Juni 1934 den christlichen Gewerkschaftsführer Jakob Kaiser im ‚Cafe Kranzler‘ und berät mit ihm Pläne zum Widerstand gegen das Naziregime. Er trifft sich mit wieder in Freiheit befindlichen alten ADGB-Gefährten aus der Führungsspitze des ADGB und bildet mit ihnen den Führerkreis der Gewerkschaften im Untergrund. Schon in der Kerkerhaft am 2. Mai 1933 wird er vom ADGB-Vorstand als Nachfolger von Theodor Leipart zum Vorsitzenden des ADGB bestimmt. Diese Rolle als Vorsitzender einer illegalen Gewerkschaftsorganisation wird ihn in den kommenden zehn Jahren im Widerstand herausfordern.

In einer Zeit, in der das Naziregime seinen Terror immer weiter ausbreitet und immer mehr das Spitzelsystem perfektioniert, wagen es Leuschner und seine Mitstreiter, eine illegale Untergrundorganisation als Netzwerk des Widerstands aufzubauen. Mit Jakob Kaiser führt er anfänglich eine umfangreiche Adressendatei von ehemaligen hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären aller Gewerkschaften, für die Jakob Kaiser Arbeitsgerichtsverfahren zur Erlangung von Arbeitslosenunterstützung durchsetzt. Diese Liste ermöglicht es losen Kontakt zu früheren Gewerkschaftsfunktionären aller politischen Richtungen zu halten. In Berlin, in dem sich die Keimzellen früherer Spitzenfunktionäre befinden, wird bei Treffen wie Kulturveranstaltungen, Geburtstagsfeiern aber auch

Beerdigungen der Kontakt zu den früheren politischen Eliten der Arbeiterbewegung aufrechterhalten. Leuschner ist einer der aktiven Organisatoren.

In der ersten Phase des Widerstands zwischen 1933 und 1938 versuchen alle politischen Richtungen der Arbeiterbewegung, unterstützt durch Exilorganisationen, Widerstand gegen das Naziregime zu leisten.

Leuschner baut ein umfangreiches Netzwerk im gesamten Reichsgebiet auf, das er durch seine Reisetätigkeit als Vertreter einer Aluminiumfabrik in Berlin gut kaschieren kann. Durch den Ausbau der politischen Polizei zur geheimen Staatspolizei mit dem SS-Reichsführer Heinrich Himmler gelingt es den Nazis allerdings immer mehr illegale Widerstandszellen von Kommunisten und Sozialdemokraten aufzudecken und zu zerschlagen. Leuschner hat von Anfang an als Führer der Gewerkschaften die Aufgabe, seine alten Verbindungen aus der Ministerzeit zum bürgerlichen konservativen Lager aufzubauen. Er kennt Karl Friedrich Goerdeler, den früheren Leipziger Oberbürgermeister der zugleich Reichskommissar war, noch aus der Zeit des Reichswirtschaftsrats. Ebenso kennt er als Innenminister führende Militärs, wie Generaloberst von Hammerstein, Chef der Heeresleitung der Reichswehr, und knüpft zu diesem ebenfalls Kontakte.

Im Jahr 1938 sind viele Zellen des illegalen Vertrauensleutenetzes von den Nazis zerschlagen und für Leuschner ergibt sich die Notwendigkeit eine zweite Phase der Neubildung des Widerstandsnetzes zu organisieren. Er trifft Generaloberst Ludwig Beck, der 1938 wegen Hitlers Kriegsplänen den Dienst quittiert und eine militärische Widerstandsgruppe aufbaut. Damit erhält Leuschner Zugang zum militärischen Widerstand und über Goerdeler zu den Widerstandskreisen der bürgerlich-konservativen Opposition. Für diese ist er der Vertreter der Arbeiterschaft. Gemeinsam bilden sie exakte Pläne zum Sturz des Hitlerregimes. Den Putsch gegen Hitler sollen die Generäle organisieren und Leuschners Aufgabe ist es das illegale Netz des gewerkschaftlichen Widerstands zu organisieren.

Mit Kriegsbeginn im September 1939 geraten diese Pläne jedoch ins Stocken. Leuschner wird, wie alle in Freiheit befindlichen Gewerkschaftsfunktionäre, im September 1939 verhaftet und im Zuchthaus Berlin-Moabit eingesperrt. Vierzehn Tage später ist er wieder frei. Seine Firma und deren Verwertung von Aluminiumpatenten sind kriegswichtig geworden und auf Intervention des Generalstabs der Marine erfolgt seine Freilassung. Nach anfänglicher Gestapoaufsicht erhält er einen Ausweis, der ihm Zugang zu militärischen Sperrgebieten verschafft und kann somit seine Widerstandspläne weiter verfolgen.

Seine Reisetätigkeit für seinen Betrieb ist durch deren kriegswichtige Produktion legitimiert und gewährt ihm weitestgehende Handlungsfreiheit. So beginnt die dritte Phase seiner Widerstandstätigkeiten. Systematisch baut er in allen Wehrbereichskommandos Widerstandszellen auf, deren führende Köpfe Personen des Widerstands aus der Arbeiterbewegung um sich versammeln. Einer dieser Vertrauensleute für das Rhein-Main-Gebiet ist sein früherer Staatsrat Ludwig Schwamb. Dieser als Jurist für die Schuhfirma Tack in Berlin tätige Vertraute Leuschners muss 1943 wegen der Bombenzerstörungen der Firma nach Frankfurt/Main übersiedeln und ist dort der Kopf des zivilen Widerstandes. Nach erfolgreichem Putsch wäre er dort hessischer Ministerpräsident geworden. Leuschner unterhält auch über Carlo Mierendorff enge Verbindungen zu Graf Moltke vom ‚Kreisauer Kreis‘ und diskutiert mit dessen Widerstandskreis Pläne über die Neuordnung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nach Hitler.

Ein besonderes Anliegen ist ihm dabei der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung im demokratischen Staat im Kontrast zu den Graswurzelvorstellungen der ‚Kreisauer‘ ist er, entsprechend seiner sozialdemokratischen Wertvorstellungen, ein Verfechter des starken Staates, dessen Grundpfeiler Recht, individuelle Freiheit und soziale Gerechtigkeit sein sollen. So entwickelt er mit Jakob Kaiser im Rückgriff auf die Pläne vom April 1933 die Organisation einer einheitlichen deutschen Gewerkschaft, die als Einheitsorganisation für alle Branchenbereiche der Wirtschaft gebildet werden soll und in denen die Lohnabhängigen organisiert sein sollen. Diese Arbeitnehmerorganisation soll auch die Sozialversicherungssysteme verwalten. Auch von einer einheitlichen Parteiorganisation zur Gestaltung des demokratischen Lebens ist die Rede.

Mit diesen Plänen für eine Nachkriegsordnung wird Leuschner einer der Gründerväter des nach 1945 im Westen Deutschlands entstehenden Grundgesetzes. Im Sommer 1942 trifft er erstmals Graf Stauffenberg, den späteren Hitlerattentäter, der einer der wichtigsten Köpfe des militärischen Widerstands wird. Leuschner ist in die Walkürepläne der Militärs eingeweiht und knüpft weiter an seinem Netz des zivilen Widerstands. In der Diskussion um die zukünftige staatliche Entwicklung und deren Aufbau wird verabredet, dass alle politischen Kräfte des Widerstands gegen die Nazis in den Staatsaufbau eingebunden werden sollen. In der Regierungsliste die später von der Gestapo nach dem gescheiterten Putsch vom 20. Juli 1944 rekonstruiert wird, ist Generaloberst Ludwig Beck als Reichsverweser und Generalstatthalter als Staatsoberhaupt vorgesehen und nach einer Übergangszeit sollte Leuschner Reichspräsident werden. Als Reichskanzler war Carl Gördelner vorgesehen der dann möglicherweise von Leuschner abgelöst werden sollte, der zuerst als Vizekanzler ohne Geschäftsbereich vorgesehen war. Stauffenberg wollte anstatt Goerdeler eigentlich Leuschner von Anfang an eingebunden sehen. Die Position des Reichspräsidenten lehnte Leuschner ab, da er sich dem Aufbau der Einheitsgewerkschaft als deren Vorsitzender widmen wollte.

In der neuesten Forschung haben wir eine alte These von Gerhard Beier aus den 1970er Jahren aufgegriffen, der von einer Massenbasis des Leuschnernetzwerkes sprach. Dies war in der wissenschaftlichen Diskussion umstritten, lässt sich inzwischen aber genauer belegen. Durch Erforschungen historischer Archive lassen sich für einige Teile des Reichsgebietes die Verbindungsnetze des Widerstands im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Untergrund im Rhein-Main-Gebiet, im niedersächsischen Gebiet in Norddeutschland und auf den preußischen Reichsgebieten sowie in Bayern und in Teilen der besetzten Gebieten in der Tschechoslowakei und Österreich belegen. Zudem bieten die regionalgeschichtlichen Forschungen zu den nach 1945 sich bildenden antifaschistischen Ausschüssen zahlenmäßige Belege über das Widerstandspotenzial insbesondere aus der Arbeiterbewegung. Leuschner war es gelungen, ab 1940 reichsweit ein ziviles Organisationsnetz des Widerstands zu bilden und wir gehen inzwischen von einer Zahl von mehr als 100.000 Menschen aus, die auf das Signal warteten, dass der Putsch gegen Hitler gelingt.

Nun ist hinlänglich bekannt, wie der 20. Juli 1944 verlief und wie nach 1945 durch die Teilung Nachkriegsdeutschlands die Widerstandsforschung in verschiedene Richtungen führte. Im Westen gerieten die Militärs des 20. Juli 1944 zur politischen Rechtfertigung der Neubildung der Bundeswehr, die Arbeiterbewegung und ihr Widerstand gerieten in den Hintergrund. Alle Dokumentationen in den Medien zeigen bis heute diese Richtung. Im Osten

wurde der kommunistische Widerstand in den Vordergrund gerückt, alle anderen Bewegungen des Widerstands waren reaktionär.

Wilhelm Leuschner wurde am 8. September 1944 durch den Nazirichter Freisler zum Tode verurteilt, das Urteil wurde am 29. September 1944 in Berlin-Plötzensee vollstreckt. Bis heute ist sein Aufruf „Schafft die Einheit!“ die Lebensgrundlage für die deutsche Einheitsgewerkschaft. Aber nicht nur dieses historische Erbe Leuschners ist für unsere heutige Generation wichtig, denn sein demokratisches Vermächtnis als Gründervater der deutschen Demokratie nach 1945 ist mehr denn je wichtig für die Verteidigung der Demokratie angesichts der heutigen Rechtsentwicklung in unserem Land. Wilhelm Leuschner war zeitlebens ein Verfechter von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und persönlicher Freiheitsrechte. Er ist und bleibt ein Vorbild für Mut zum Widerstand und Verteidigung der Freiheitsrechte auch für die kommenden Generationen.

Vortrag gehalten am 10.10.2016 in Bad Nauheim